



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2017
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 22.03.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Neubestellung der stellvertretenden Schriftführung für den Sozialausschuss
Vorlage: 0213/2017
3. Mitteilungen
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
6. Bericht aus dem Integrationsrat
7. Zuwanderung aus Südosteuropa in Hagen
 - Allgemeine Entwicklung im Leistungsbezug
 - Präventive Maßnahmen gegen Kriminalität in Kooperation mit der Polizei
8. Armutssituation in Hagen
Einschätzung durch das Jobcenter Hagen
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Sozialausschusses und fragt, ob es Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

Frau Niemann möchte wissen, aus welchem Grund die Sitzung des Sozialausschusses heute stattfinde.

Frau Timm-Bergs teilt mit, dass sie das zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Cramer und der Verwaltung so entschieden habe. Man habe die Sitzung nicht absagen wollen, weil die Absage einer Sitzung keinen guten Eindruck mache und es in der Vergangenheit bei anderen Absagen intensive Diskussionen gegeben habe. Sie bitte um Verständnis.

Frau Fischbach merkt an, dass eine Sitzung auch Kosten verursache. Das müsse auch ein Kriterium bei der Überlegung sein, ob man diese stattfinden lasse.

Frau Sauerwein ist der Meinung, dass der Ausschuss sich das wert sein sollte.

Frau Timm-Bergs sichert zu, die Bedenken bei einer ähnlichen zukünftigen Sachlage abzuwägen.

2. Neubestellung der stellvertretenden Schriftführung für den Sozialausschuss Vorlage: 0213/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Hagen:

Frau Martina Gleiss zur 1. Stellvertreterin

Frau Katja Schlachtenrodt zur 2. Stellvertreterin

Der Beschluss gilt ab sofort.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltung |
|------------------------|----|------|------------|
| CDU | 5 | | |
| SPD | 4 | | |
| Bündnis 90/ Die Grünen | 2 | | |
| Hagen Aktiv | 1 | | |
| FDP | 1 | | |
| AfD | 0 | | |
| Die Linke | 1 | | |
| BfHo/Piraten Hagen | 1 | | |

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

Frau Kaufmann nimmt Bezug auf die vorherige Diskussion, ob die Sitzung nicht habe ausfallen können.

Sie macht deutlich, dass es vorteilhaft sei, dass man in der heutigen Sitzung die Gelegenheit habe, sich intensiver mit zwei speziellen Themen auseinanderzusetzen. Die Verwaltung halte die Themen für so wichtig, dass man dazu ausführlich berichten wolle.



Weiterhin teilt sie mit, dass die Stadt Hagen mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter eine Kooperationsvereinbarung geschlossen habe. Man werde das Konzept „Junges Jobcenter Hagen“ gemeinsam erarbeiten, um für Jugendliche in Hagen eine gemeinsame Anlaufstelle zu haben.

Frau Gebhardt kündigt an, dass sie zu dem Thema bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 8 ergänzende Informationen liefern werde.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Er beschreibt das Problem mit den Ampelanlagen, das man an ganz bestimmten Ampelkreuzungen habe. Es gebe in dem Zusammenhang eine gefühlte Verunsicherung der Senioren. Er berichtet, dass der Umgang zwischen der Fachverwaltung und dem Seniorenbeirat nicht zufriedenstellend gewesen sei und hoffe, dass sich das zukünftig ändere. Es könne nicht sein, dass eine Bevölkerungsgruppe gegen eine andere ausgespielt werde. Da werde man entsprechend reagieren.

Weiterhin habe sich der Seniorenbeirat Hilfe in Bezug auf seine Außerdarstellung geholt. Das Generationenproblem sei nur gemeinsam zu lösen. Man habe gestern im Rathaus eine Veranstaltung zum Thema „Generationengerechtigkeit und Altersarmut“ gehabt.

Er sei dankbar, dass der Sozialausschuss sich als Partner des Seniorenbeirates verstehe und für die Belange der Senioren einsetze.

Herr Goldbach beschreibt die von Herrn Wegener beschriebene fachliche Auseinandersetzung im Seniorenbeirat bezüglich der Ampelanlagen. In der Sache seien die Fachverwaltung und der Seniorenbeirat nicht einer Meinung gewesen, weil man in dieser Verkehrsfrage offenbar nicht die gleichen Ziele verfolge.

Herr Eiche fragt, um welche spezielle Ampelanlage es sich handelt.

Herr Goldbach erklärt, es sei um die Kreuzung an der Elberfelder Straße/Mittelstraße/Bergischer Ring gegangen.

Herr Wegener beschreibt noch einmal das Anliegen des Seniorenbeirates. Man müsse versuchen, die beiden Sichtweisen zusammenzuführen.

Frau Sauerwein ergänzt, dass man sich mit der Verwaltung in einem ersten Schritt darauf verständigt habe, dass man mit einem Zeitungsartikel und einem Faltblatt für die Begegnungsstätten detailliert schildere, wie man die Straße trotzdem gefahrlos überqueren könne.



5. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Der Beirat habe am 02. März getagt. Ein zentrales Thema seien die Hagener Selbsthilfegruppen gewesen, die Herr Matzke vorgestellt habe.

Weiterhin habe man über die Umkleidekabinen im Westfalenbad gesprochen. Deren Benutzung sei eine Zumutung für die behinderten Menschen, die sich sportlich betätigen wollten.

Weiterhin habe man sich mit der Gehörlosensprechstunde im Zentralen Bürgeramt beschäftigt. Aus Personalgründen fänden die festen Sprechzeiten nicht mehr statt. Es sei für gehörlose Menschen schwer, einen Termin zu vereinbaren. Man setze sich dafür ein, wieder feste Sprechzeiten einzurichten.

Frau Gleiß habe über die wichtigsten Informationen zum Bundesteilhabegesetz informiert.

Er berichtet, dass es eine bundesweite Erlassregelung zum Thema E-Scooter gebe und zitiert aus dem Erlass. Die Aussagen seien auf Basis von Gutachten erstellt worden. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Abschließend weist er auf eine Kunstaussstellung „Vielsichtig – Menschen mit und ohne Behinderungen“ im Theater an der Volme hin, die am 10. März eröffnet worden sei. Die Ausstellung gehe bis zum 17. Mai 2017.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass diese Ausstellung nicht behindertengerecht sei. Man müsse versuchen, einen alternativen barrierefreien Standort zu finden.

Sie sichert außerdem zu, dass man der geschilderten Problematik im Westfalenbad nachgehen wolle. Die Beteiligten dort seien in der Regel sehr kooperativ.

Herr Sondermeyer dankt Herrn Wirth für seine Ausführungen. Er weist darauf hin, dass noch ein Antrag zum Thema E-Scooter offen sei. Er bittet, diesen für die nächste Sitzung aufzunehmen.

Herr Eiche erklärt, dass das Thema mit den E-Scootern nichts mit Diskriminierung zu tun habe. Die E-Scooter könnten anderen Fahrgästen gefährlich werden. Es werde wohl in Zukunft die Möglichkeit geben, die E-Scooter in einer vorgegebenen Einrichtung fest zu verankern. Dazu müssten die Busse allerdings umgebaut werden. Das sei ein technisches Problem und sicher ein erheblicher Kostenaufwand.

Herr Wirth findet es erfreulich, dass von Teilhabe und Beförderungspflicht gesprochen werde. Es könne allerdings nicht sein, dass die Busfahrer letztendlich allein verantwortlich sein sollten.



Herr Eiche weist im Zusammenhang mit der Ausstellung darauf hin, dass es sich bei dem Theater an der Volme nicht um ein städtisches Theater handle. Da müsse eine andere Lösung gefunden werden.

6. Bericht aus dem Integrationsrat

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

Der Integrationsrat habe am 17. März eine Sondersitzung gehabt. Vorher habe die reguläre Sitzung am 02. März stattgefunden.

Er berichtet von beiden Sitzungen.

7. Zuwanderung aus Südosteuropa in Hagen

- Allgemeine Entwicklung im Leistungsbezug
- Präventive Maßnahmen gegen Kriminalität in Kooperation mit der Polizei

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gebhardt als Geschäftsführerin des Jobcenters, Herrn Passehl von der Polizei, Frau Meiser vom Allgemeinen Sozialen Dienst und Frau Thomzig von der Ausländerbehörde.

Frau Kaufmann führt in die Thematik ein. Es gebe eine positive Entwicklung. Man habe in Hagen den Zuzug von Menschen aus Bulgarien und Rumänien verlangsamen können (**siehe Anlage 1 zu TOP 7**).

Frau Gebhardt berichtet über die allgemeine Entwicklung im Leistungsbezug (**siehe Anlage 2 zu TOP 7**).

Frau Sauerwein möchte wissen, ob die rückläufigen Zahlen Auswirkungen auf die Fördermittel des Landes haben könnten.

Herr Goldbach erklärt, dass sich die Förderung auf die Bilanz insbesondere auf die Zu- und Abgänge des Jobcenters beziehe. Man habe nicht mehr die Zuwachsraten, die man noch in den vergangenen Monaten gehabt habe. In der aktuellen Statistik habe man einen negativen Saldo. Mit der absoluten Zahl sei man in Hagen allerdings nach wie vor an der Spitze vertreten. Nicht alle von den hier lebenden Rumänen und Bulgaren seien Problemfälle. Man neige dazu, die bestehenden Probleme auf die Gesamtzahl zu fokussieren. Man werde sich stärker damit befassen, wer wie lange in Hagen lebe und wie erfolgreich dort die Integration sei.



Frau Gebhardt bestätigt die Ausführungen von Herrn Goldbach. Man müsse die Problematik differenziert sehen.

Sie beantwortet eine Frage von Herrn Sondermeyer zu den Dolmetscherdiensten. Der Dolmetscher sei direkt im Jobcenter tätig und könne bei Bedarf hinzugezogen werden.

Frau Kaufmann führt aus, dass man auch regelmäßig im Verwaltungsvorstand über dieses Thema berichtet habe. In der letzten Rückschau habe man auch die Zahlen vorgestellt. Seit September 2015 habe die Stadt Hagen 30 Kontrollen an 242 Objekten durchgeführt. Es seien 6664 gemeldete Personen überprüft worden. Sie bittet Frau Thomzig, von den Aktionen zu berichten.

Frau Thomzig schildert den Ablauf der Kontrollen.

Herr Eiche spricht sich für diese Aktionen aus, weil man dabei auch Kindeswohlgefährdungen feststellen könne.

Frau Meiser und Herr Passehl berichten über präventive Maßnahmen gegen Kriminalität in Kooperation mit der Polizei (**siehe Anlage 3 zu TOP 7**).

Frau Timm-Bergs bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Herr Passehl, Frau Meiser, Frau Thomzig und Frau Gebhardt beantworten Fragen von Frau Timm-Bergs, Frau Sauerwein, Herrn Sondermeyer und Herrn Gül.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass man nur im Falle von entsprechenden Hinweisen tätig werde. Da müsse man als Behörde handeln. Die Bilanz könne sich sehen lassen. Die Würde des Menschen werde dabei nicht angetastet. Bei Kindeswohlgefährdungen müsse man allerdings eingreifen.

Herr Goldbach lobt das Projekt.

Man staune selber über den großen Erfolg, den man damit habe. Man könne daraus lernen, dass die angesprochenen Familien auch bereit seien, Hilfe anzunehmen. Die Wohnungen seien in der Regel sauber und den Kindern gehe es gut. Lediglich die Häuser wiesen oft gravierende Mängel auf. In Bezug auf Integration sei das ermutigend. Man könne festhalten, dass sich ein Engagement an der Stelle lohne und auch wirkungsvoll sei.

In der Diskussion hätten sich alle um einen differenzierten Blick bemüht und deutlich gemacht, dass es nicht darum gehe, eine Personengruppe oder Nationalität zu diskriminieren.

Man wolle diejenigen, die sich längerfristig in die Stadtgemeinschaft einfügen wollten, bei diesem Integrationsprozess unterstützen. Andererseits müsste man an bestimmten Stellen deutlich machen, was man nicht toleriere wie beispielsweise Sozialleistungsmissbrauch.

Herr Sondermeyer ist auch der Meinung, dass man kriminelle Handlungen verfolgen müsse.



Herr Passehl beantwortet eine Frage von Frau Schlösser.

Frau Schlösser betont, dass sie die Nachhaltigkeit des Projektes vermisse, wenn sie höre, dass die Fallzahlen in dem Moment wieder stiegen, wenn man die Hausbesuche einstelle.

Herr Passehl und Frau Meiser gehen davon aus, dass sich die Nachhaltigkeit nach einer längeren Projektphase einstellt.

Frau Timm-Bergs bedankt sich herzlich für die Vorträge und schließt den Tagesordnungspunkt ab.

8. **Armutssituation in Hagen** **Einschätzung durch das Jobcenter Hagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Gebhardt berichtet zur Armutssituation in Hagen (**siehe Anlage 1 zu TOP 8**).

Abschließend weist sie darauf hin, dass das Thema sehr umfassend sei und heute nur ein kleiner Ausschnitt daraus thematisiert worden sei. Wenn es gewünscht sei, könne man gern in einer der nächsten Ausschusssitzungen näher auf andere Aspekte eingehen.

Frau Timm-Bergs bedankt sich für den informativen Bericht und zeigt ihre Besorgnis angesichts der erschreckenden Entwicklung. Sie erklärt, dass sie das Angebot von Frau Gebhardt gern annehme, die Thematik mit anderen Schwerpunkten noch einmal aufzugreifen. Sie denke dabei zum Beispiel an die Themen Kinderarmut, die Gruppe der Alleinerziehenden oder Menschen mit geringer Qualifikation. Sie schlage vor, die Themen in den nächsten Sitzungen des Sozialausschusses nacheinander abzuarbeiten.

Frau Gebhardt beantwortet Fragen von Herrn Gül.

Herrn Quadt bedankt sich für den interessanten Beitrag und erklärt, dass er sich freuen würde, wenn Frau Gebhardt diesen auch im Beirat für Menschen mit Behinderungen vorstellen würde.

Ihn persönlich würde interessieren, wie viele Praktikanten es gebe und welche Maßnahmen vom Jobcenter ergriffen würden, um dem Missbrauch in dem Bereich entgegen zu wirken.

Frau Gebhardt erklärt, dass sie sehr gern in den Beirat für Menschen mit Behinderungen kommen und die Zahlen vorstellen werde. Sie könne dann auch auf die Themenfelder eingehen, die für die Beiratsmitglieder interessant seien.



Die Frage nach den Praktikanten könne sie nicht ad hoc beantworten. Sie könne das für die nächste Sitzung vorbereiten oder dem Protokoll als Anlage beifügen.

Frau Küper weist auf die ausgelegte Tischvorlage zu dem Thema hin und erläutert diese (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**).

Hier gehe es um den Kreis der Empfänger von SGB XII.

Herr Goldbach merkt zu dem Schaubild der Sozialräume in Hagen an, dass die Armut umso größer sei, je dunkler der Sozialraum hinterlegt sei. Bei dem Schaubild gebe es auch große Übereinstimmungen im Hinblick auf den Bereich der SGB II-Empfänger, den Frau Gebhardt vorgestellt habe. Ihm sei wichtig gewesen, das auch räumlich darzustellen.

Frau Sauerwein bittet Frau Gebhardt um eine zahlenmäßige Darstellung, wie viele ihrer Kunden pro Jahr in die Rente übergangen.

Sie sei der Meinung, dass das Wohngeld jährlich angepasst werden müsste. Zwar falle das in die Zuständigkeit des Bundes, aber vielleicht könne der Sozialausschuss in diesem Sinne an den Rat der Stadt Hagen appellieren. Sie schlage vor, sich auch einmal in dem Zusammenhang mit dem Thema Wohnraum zu beschäftigen.

Herr Meier berichtet, dass es zu dem Thema eine Studie der Uni Wuppertal gebe, mit der man sich im Sozialausschuss beschäftigen solle. Diese komme zu dem Ergebnis, dass es in Hagen nach wie vor sehr preisgünstigen Wohnraum gebe. Leider führe das auch dazu, dass sich das Bild in Hagen zum Negativen hin entwickelt habe. Die Erträge, die man mit Mieteinnahmen in bestimmten Stadtteilen erwirtschaften könne, reichten oft nicht mehr, um die Häuser instand zu halten.

Frau Sauerwein betont, dass die Anpassung des Wohngeldes auch genau aus dem Grund sinnvoll sei.

Frau Küper merkt an, dass eine Mieterhöhung von 10 Cent pro Quadratmeter für die Stadt Mehrkosten in Höhe von 700.000 € jährlich nach sich ziehen würde.

Herr Meier erläutert, warum es sich in Hagen nicht lohnt, Sozialwohnungen zu bauen. Aus diesen Gründen werde in sozialen Wohnungsraum in Hagen nicht mehr investiert. Man bekomme Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt weitaus günstiger. Diese Entwicklung werde durch die Stadt Hagen unterstützt.

Frau Sauerwein betont nochmal ihr Anliegen, dieses Thema gesondert zu behandeln.



9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Quadt stellt eine Frage bezüglich der Eingangsbestätigung bei Einreichung von Unterlagen beim Jobcenter. Er habe seinerzeit nach einer Dienstanweisung in dem Zusammenhang gefragt. Es sei im Sozialausschuss beschlossen worden, dass das Jobcenter eine Lösung finde. Sei bereits an der Lösung des Problems gearbeitet worden?

Frau Gebhardt teilt mit, dass das Thema bereits abschließend besprochen und behandelt worden sei.

Frau Kaufmann bestätigt, dass die Problematik mit Vertretern des Jobcenters erörtert worden sei. Es gebe für den Kunden des Jobcenters im Eingangsbereich die Möglichkeit, Unterlagen zu kopieren. Die Mitarbeiter des Jobcenters bestätigten dann den Eingang der Unterlagen auf der Kopie. Formell gebe es in dem Sinne keinen entsprechenden Stempel.

Herr Quadt schildert seine Erfahrungen, die dem nicht entsprächen.

Frau Gebhardt verspricht, die Angelegenheit zu überprüfen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10 Uhr

gez. Ramona Timm-Bergs
Vorsitzende

gez. Martina Gleiß
Schriftführerin



Stadt Hagen – Sozialausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

zur Sozialausschusssitzung am 22.03.2017
Rathaus an der Volme

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.10 Uhr

1. Mitglieder des Sozialausschusses:

Marianne Cramer (CDU-Fraktion)
Hanne Fischbach (CDU-Fraktion)
Corinna Niemann (CDU-Fraktion)
Tobias Fischer (CDU-Fraktion)
Dennis Schrötter (SPD-Fraktion)
Jörg Meier (SPD-Fraktion)
Ramona Timm-Bergs (SPD-Fraktion)
Rita Huvers (SPD-Fraktion)
Oliver Beuth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Ruth Sauerwein (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
Dennis Quadt (Ratsgruppe BfHo/Pir.)

2. Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses:

Melanie Purps (CDU-Fraktion)
Klemens Müller (Fraktion Hagen Aktiv)
Monika Schlößer (FDP-Fraktion)
Ralf Sondermeyer (Fraktion Die Linke)

3. Sachkundige Einwohner/Beratende Mitglieder

Wolfgang Wegener (Seniorenbeirat)
Meinhard Wirth (Beirat für Menschen mit Behinderungen)
Aydogan Gül (Integrationsrat)

4. Stellvertretende beratende Mitglieder

keine

6. Gäste:

Frau Gebhardt Geschäftsführerin Jobcenter
Herr Passehl Polizei Hagen
Herr Eiche Fraktionsgeschäftsführer AfD



7. Von der Verwaltung:

VB 3 Frau Kaufmann

32 Frau Thomzig

Fachbereich Jugend & Soziales:

Herr Goldbach 55

Frau Küper 55/7

Frau Meiser 55/6

Schriftführerin: Frau Martina Gleiß